

## **Antrag A11: Bessere Ausstattung für Polizeibeamte**

### **I. Der Landesparteitag stellt fest:**

1. Es besteht eine erheblich zunehmende Gefährdungslage durch gewaltbereite Bündnisse, Vereine und sonstige Organisationen, die sich inzwischen in zahlreichen gewalttätigen Handlungen manifestiert hat, wodurch die freiheitliche demokratische Grundordnung und staatliche Strukturen in erheblicher Weise in Frage gestellt werden.
2. Insbesondere die zunehmende Gewalt durch Extremisten richtet sich gegen den Staat, seine Institutionen, aber auch gegen politisch Andersdenkende.
3. Die Polizeibeamten MV sind derzeit mangelhaft ausgerüstet und begeben sich in zahlreichen Einsätzen zum Teil in erhöhter Lebensgefahr.

### **II. Der Landesparteitag möge beschließen,**

1. Gegen gewaltbereite Extremistische Bündnisse, Vereine und sonstige Organisationen, die unter dem Deckmantel des Vereins- und Demonstrationsrechtes offensichtlich organisiert regelmäßig Straftaten gegen den Staat, seine Einrichtungen sowie seine Repräsentanten oder Dritte verüben oder zu solchen aufrufen, nachhaltiger und konsequenter mit erhöhtem Personal- und Mitteleinsatz vorzugehen.
2. Alle Polizeibeamten (im Außen- und Streifendienst) in MV, ist das Tragen einer BodyCam zu ermöglichen.
3. Weiterhin ist allen Polizeibeamten (im Außen- und Streifendienst) in MV, dass Tragen eines CO<sub>2</sub> - Warngerätes und eines Medipacks zu ermöglichen.  
Tragen eines CO- Warngerätes zu ermöglichen.  
sicherzustellen, dass bei mobilen Einsätzen stets die sanitäre Versorgung der Polizisten und Polizistinnen gewährleistet ist.

## **Antrag A32: Der ländliche Raum hat eine Zukunft! Formen wir ihn neu und stärken ihn endlich nachhaltig – zum Nutzen des gesamten Landes**

1. Das Einsetzen einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung und Analyse der Vorbereitungen, Entscheidungsfindungen und Umsetzung der Kreisgebietsreform von 2011. Hierbei sollen Wege zur Minderung der negativen Folgen für die ländlichen Räume Mecklenburg-Vorpommerns und der Stärkung der demokratischen Strukturen vor Ort aufgezeigt werden.
2. Die Erarbeitung eines neuen Landesraumentwicklungsprogramms. Sämtliche Fachplanungen und Landesplanung sind durch das inhaltlich vollkommen überholte Landesraumentwicklungsprogramm 2016 und die daraus abgeleiteten Dokumente auf Schrumpfung, Abbau und Rückentwicklung programmiert. Ländliche Räume brauchen stattdessen Wachstumsstrategien und Konzepte für den entsprechenden Infrastrukturzuwachs. Es benötigt Erschließung und Anschluss statt Rückbau.
3. Die Verbesserung der demokratischen Willensbildung auf der Ebene der Kreise. Einen Beitrag hierzu kann die Möglichkeit für die übergroßen Landkreise sein, Teilregionen zu schaffen, für die beispielweise der Kreistag unter Beteiligung der Bürgermeister Regionalausschüsse bildet und so räumliche und inhaltliche Nähe von Politik und politischen Entscheidungen wiederherstellt.
4. Um den dauerhaften Direktschaden der Kreisgebietsreform 2011 zu mildern, hat sich die Landesregierung mit einer Lastenausgleichsumlage für die Landkreise an der Lösung der aufgelaufenen Probleme zu beteiligen.
5. Die Bevölkerung im ländlichen Raum muss in Hinblick auf Bildung, Gesundheit und Erreichbarkeit nach grundgesetzlich kompatiblen Richtwerten versorgt werden. Bisher erfüllt keines der je für Mecklenburg-Vorpommern erstellten Landesraumentwicklungsprogramme derartige Normen.

## **Antrag A25: Duale Lehrerausbildung in MV**

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für ein praxisorientiertes Lehramtsstudium ein. Der Anteil der Praxisphasen während des Studiums muss drastisch erhöht werden und auch bei der laufenden Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes neu gedacht und verankert werden.

Ein duales Studium ähnlich wie es an der Universität Greifswald im Grundschullehramt erprobt wird zeigt deutlich welchen positiven Einfluss ein großer Praxisanteil im Lehramtsstudium haben kann, aber auch gleichzeitig vor welche Probleme die Hochschulen durch ein solches Modell gestellt werden.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, dass bei der Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes darauf geachtet wird, ein duales Lehramtsstudium in der Zukunft zu ermöglichen.

## **Antrag A34: Planung eines LNG-Terminals in der Ostsee vor der Insel Rügen**

Die FDP Mecklenburg- Vorpommern fordert ein Moratorium zur Ermittlung des Bedarfs und die Wirtschaftlichkeit eines LNG- Terminals in der Ostsee vor der Insel Rügen. Insbesondere werden Alternativen zum derzeit geplanten Standort unter Beachtung der vorgenannten Prämissen geprüft.

## **Antrag A22: Rücktritt der Ministerpräsidentin**

Die FDP hat sich zu Recht das Ziel gesetzt, die Nebenaußenpolitik der Ministerpräsidentin, die Verstrickungen der aktuellen sowie der letzten Landesregierung nach Russland sowie die Machenschaften mit der sogenannten Klimastiftung MV möglichst lückenlos im Landtag aufzuklären. Der dazu einberufene Untersuchungsausschuss stellt zu diesem Zweck ein geeignetes Mittel dar. Nach einem Jahr der Blockade durch Rot-Rot, der stückweisen Enthüllungen und Skandale zeigt sich jedoch, dass der Aufklärungswille der Landesregierung nicht vorhanden ist.

Diese Entwicklungen haben unserem Bundesland einen ~~nicht wiederherstellbaren~~ Ansehensverlust und der Demokratie insgesamt einen immensen Schaden zugefügt. Diese konsequente Politik des Tarnens, Tricksens und Täuschens muss nun ein konsequenter Schritt der Ministerpräsidentin folgen: Die Freien Demokraten Mecklenburg-Vorpommern fordern daher den Rücktritt der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

## **Antrag A21: Wahlfreiheit in der Abiturprüfung**

Die Freien Demokraten Mecklenburg-Vorpommern fordern, dass Schülerinnen und Schüler nicht verpflichtet sind, Mathematik und Deutsch als Abiturprüfung abzulegen. Die Prüfungsfächer sollen mindestens ein Fach aus jedem Aufgabenfeld (sprachlich-literarisch-künstlerisch, mathematisch-naturwissenschaftlich-technisch und gesellschaftswissenschaftlich) enthalten, mindestens zwei dieser Fächer sollen Deutsch, Mathematik oder eine Fremdsprache enthalten.

## **Antrag A33: Zukunftslandwirten Chancen verschaffen**

Die Bedeutung der Landwirtschaft für Mecklenburg-Vorpommern ist unumstritten hoch. Die Betriebe dieses Landes haben sich marktgetrieben in den letzten Jahrzehnten vielerorts auf den Anbau der typischen Marktfrüchte spezialisiert und ihn höchst erfolgreich betrieben. Dieser Erfolg ist immer mehr bedroht. Verschiedene Pläne zum einen der EU-Kommission zur Reduktion von Pflanzenschutz- und Düngemitteln und zum anderen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zum Umbau der Tierhaltung stellen für viele hoch spezialisierte Landwirtschaftsbetriebe in unserem Land eine ernsthafte Existenzbedrohung dar. Das wäre nicht nur für die Wirtschaft im Lande eine Gefahr, sondern würde auch durch den hohen Anteil an Kulturlandschaft in unserem Land unser Landschaftsbild negativ beeinflussen und somit auch dem Tourismus schaden. Die dünne Viehdichte und der hohe Spezialisierungsgrad stehen außerdem dem vielfach geforderten Umstieg zum ökologischen Landbau im Weg. Wir müssen zwingend machbare nachhaltigere Alternativen für das Wirtschaften in unserem Land schaffen, ohne die Probleme unserer Zeit aus den Augen zu verlieren.

Folgende Punkte wollen wir beschließen:

### **1. Bioökonomie**

Die Bioökonomie ermöglicht nachhaltige und ökonomisch sinnvolle Kreislaufwirtschaft, die energie- und ressourcenschonend eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise darstellt. Das Konzept der Bioökonomie umfasst Nebenprodukte landwirtschaftlicher Produktion, die branchenübergreifend weiterverarbeitet werden. Das Konzept ist für Mecklenburg-Vorpommern zukunftstauglich, bedarf dafür aber ausreichend Chancen, die wir den betroffenen Unternehmen verschaffen müssen, sowie logistische, organisatorische und technische Innovationen. Deshalb muss für unser Land endlich eine Bioökonomiestrategie entwickelt werden, welche Akteure vernetzt, eine Start-up-Kultur fördert, Innovationslabore eröffnet und etabliert, bürokratische Hürden abbaut, die verarbeitende Industrie hierzulande stärkt und somit die Wertschöpfung erhöht.

### **2. Tierhaltung**

Ganz im Sinne der Bioökonomie sind Kreisläufe zu erhalten. Deshalb können wir es uns nicht leisten, weitere tierhaltende Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern zu verlieren! Den Freien Demokraten ist Tierschutz wichtig und ein Umbau der Tierhaltung ist notwendig. Dies muss aber in einem zumutbaren zeitlichen und finanziellen Rahmen geschehen. Das Wichtigste jedoch ist die Planungssicherheit. Wir fordern deshalb eine verbindliche Planungssicherheit und ein Auflagenmoratorium für 30 Jahre. Dies ist wichtig, um heimischen, tierhaltenden Betrieben die Chance zu verschaffen, sich zukunftsfit zu machen und um die Produktion im Land zu halten. Wenn wir nicht produzieren, dann tun es andere.

### **3. Verarbeitung**

Ein großes Hemmnis des produzierenden Gewerbes der Agrarwirtschaft ist das nicht hinreichend vorhandene verarbeitende Gewerbe. Durch vermehrte Ansiedelung von Mühlen, regionalen Schlachthöfen oder sonstigen verarbeitenden Betrieben hätte das teure, neue Siegel „Natürlich aus MV“ mehr Substanz. Deshalb braucht

Mecklenburg-Vorpommern eine attraktivere, fördernde Ansiedlungspolitik für ein starkes verarbeitendes Gewerbe, das die Wertschöpfung erhöht und Punkt 4 stärkt.

#### **4. Marketing und Vermarktung**

Mecklenburg-Vorpommern hat die arbeitseffizienteste und modernste Landwirtschaft Deutschlands. Das begrüßen wir ausdrücklich. Diese Vorzüge müssen für die Vermarktung genutzt werden und sollen Bestandteil des bereits erwähnten Siegels „Natürlich aus MV“ werden. In der Vermarktung selbstbewusst aufzutreten, muss hierzulande selbstverständlich werden, denn es ist gerechtfertigt. Sein wir uns sicher: Wir haben die besten Produkte der Welt und sie werden unter höchsten Standards hergestellt.